

Fragebogen für Kandidat:innen für den deutschen Bundestag



Bitte angeben:

Name: Maria Klein-Schmeink

Partei: Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreis: 129

Familien brauchen Zeit. In einer Umfrage des Allensbach-Instituts 2019 gaben 37% der befragten Eltern an, nicht genügend Zeit für Ihre Kinder zu haben.

1. Was wollen Sie tun, um Familien mehr gemeinsame Zeit zu ermöglichen?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir verbessern.

Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert bis zum 14. Geburtstag des Kindes in Anspruch nehmen können. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wir wollen den Anspruch auf Kinderkrankengeld erhöhen. Wir unterstützen Eltern dabei, Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine ausgewogene Balance zu bringen. Jemanden zu pflegen verdient unsere Anerkennung. Deshalb wollen wir Menschen, die Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit der PflegeZeit Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

Familien leisten viel für die Gesellschaft. Dafür brauchen sie gute Rahmenbedingungen und auch finanzielle Unterstützung: Familien brauchen Geld!

2. Was wollen Sie tun, um Familien finanziell zu entlasten?

Derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder gerecht noch wirksam. Eltern mit hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder über die Kinderfreibeträge mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem oder mittlerem Einkommen über das Kindergeld. Das wollen wir ändern: mit der grünen Kindergrundsicherung. Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe werden in eine neue eigenständige Leistung des Kindes zusammengefasst. Sie wird nicht bei den Eltern als Einkommen angerechnet, wenn diese Sozialleistungen beziehen. Der garantierte Betrag soll das heutige Kindergeld ablösen und jedem Kind zustehen. Er entspricht der maximalen Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge im Steuerrecht. Die Kindergrundsicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

Immer mehr Familien sind von Armut bedroht. Die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, steigt weiter.

3. Was wollen Sie tun, um Familienarmut zu verhindern?

Wir Grüne setzen uns schon lange dafür ein, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss. Dafür sorgen wir mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der Kindergrundsicherung. Für getrennt erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Darüber hinaus gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, z.B. für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Alleinerziehende entlasten wir mit einer Steuergutschrift. Nicht zuletzt wollen

im Bistum Münster
Schillerstr. 44a
48155 Münster
0251 97 441 468/-9
info@familienbund-ms.de
www.familienbund-ms.de
Vereinsregister: VR 1349
Amtsgericht Münster

Vorsitzende
Beate Koritko

Geschäftsführerin
Sigrun Jäger-Klodwig

wir Grüne sicherstellen, dass jedes Kind einen Platz in einer guten und inklusiven KiTa und Ganztagsbetreuung, die den Lebensrealitäten der Familien gerecht wird, bekommen kann.

In den Familien wächst die Zukunft der Gesellschaft heran, aber der Klimawandel gefährdet die Zukunft.

4. Was wollen Sie tun, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die Folgen des Klimawandels abzumildern?

Münster hat bereits einige wichtige Schritte zur Klimaneutralität gemacht. Gerade hier vor Ort müssen wir bei Neubauten höchste Effizienzstandards einhalten, bei Altbauten großflächig die Wärme-Wende einleiten und Münsters zu 100 Prozent mit sauberem Strom aus Sonne, Wind und Wasser versorgen.

Der beste Beitrag ist, dass Deutschland seine Klimaziele sicher erreicht und zugleich Technologievorreiter wird. Dafür braucht es Maßnahmen, die jetzt schnell wirksam sind. Das heißt, wir müssen jetzt vor allem den Ausbau der erneuerbaren Energien ab sofort deutlich beschleunigen – für Solar jährlich 10-12 GW, für Wind an Land 5-6 GW und mit einem Ausbauziel von 35 GW Wind auf See in 2035. Der Kohleausstieg muss auf 2030 vorgezogen werden, indem wir möglichst in Abstimmung mit den umliegenden europäischen Nachbarländern einen nationalen CO₂-Mindestpreis von 60 Euro pro Tonne einführen. Außerdem müssen wir im Rahmen der anstehenden Reform des europäischen Emissionshandels in Brüssel eine deutliche Reduzierung von Emissionszertifikaten, die Löschung überschüssiger Zertifikate und eine präzise Ausrichtung des Emissionshandels auf das neue EU-Klimaziel erreichen. Begleitend dazu muss der nationale CO₂-Preis für die Bereiche Verkehr und Wärme angehoben werden und die bereits geplante Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorgezogen werden. All das hilft dem Klima und bringt uns zugleich auch in eine Pool-Position für zukunftsfähiges Wirtschaften.

5- Hier können Sie sich noch über unsere Fragen hinaus dazu äußern, was Sie in der Familienpolitik tun möchten (bitte max. 99 Worte):

Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst: verheiratete Paare mit Kindern, Alleinerziehende, getrennt erziehende Eltern, Patchwork-Familien, nichteheliche Familien oder Regenbogenfamilien. Wir machen eine Politik, die Familien in allen Formen unterstützt. Dabei stehen die Kinder und ihr Wohlergehen im Mittelpunkt.

Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie besondere Verzichtleistungen erbracht. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in den Mittelpunkt von Politik zu stellen. Das Nachhilfeprogramm wollen wir zu einem langfristigen Bildungsschutzschirm ausbauen. Wir wollen in zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen an Schulen investieren, Therapieangebote und Einzelfallhilfe für Familien ausbauen. Jetzt müssen Familienberatungsstellen, Krisendienste und Nothilfehotlines gestärkt und ausgebaut werden.